



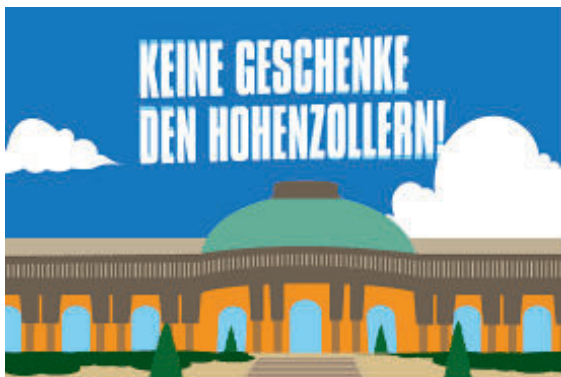
Zeitung des Stadtverbandes Schwedt der Partei

DIE LINKE.

Nr. 05/2019

Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Leserinnen und Leser,

das Ergebnis der Landtagswahl bewegt: Es bewegt unsere Mitglieder, wie sich in den vielen, sehr solidarisch und nachdenklich geführten Diskussionen der letzten anderthalb Wochen zeigt. Es bewegt die Menschen, die uns nahe stehen. Das zeigt sich unter anderem an fast 20 Neueintritten seit dem Wahlsonntag und auch in vielen Mails und Gesprächen mit langjährigen Partnern, die uns darin bestärken, auf keinen Fall zu resignieren und weiter mit aller Kraft für unsere politischen Ziele zu streiten. Denn diese Ziele sind nach der Wahl nicht weniger richtig und wichtig als davor – das beweisen unter anderem die inzwischen fast 8.000 Unterschriften für unsere Volksinitiative "Keine Geschenke den Hohenzollern".



Aus dem Inhalt:

Resümee zur Landtagswahl 2019	S.1
Neue Landtagsfraktion, Meinungen	S.2
Weltfriedenstag 2019	S.3
Klimapaket der Bundesregierung	S.4
Danke Thomas	S.5
30 Jahre Wiedervereinigung	S.6
DISPUT 09/2019	S.7
Termine/Arbeitsplan, Geburtstage	S.8

Die Frage "Wem gehört das Land?" ist auch nach dem 1. September noch zu beantworten – und für die richtigen Antworten lohnt es sich zu kämpfen, z. B. in dem wir weiter intensiv Unterschriften für diese Volksinitiative sammeln.

Der Landesvorstand hat eine Kreisbereisung begonnen. In vielen Veranstaltungen und mit möglichst vielen Genoss*innen wollen wir das Wahlergebnis und seine Folgen besprechen und gemeinsam Schlussfolgerungen ziehen.

Meine herzliche Bitte:

Beteiligt Euch aktiv an dieser Diskussion und nehmt an einer der Veranstaltungen in Eurer Nähe teil.

Unsere Partei – das sind wir alle.
Und nur gemeinsam sind wir stark.

Gerade jetzt kommt es auf jede*n Einzelne*n an!

Herzliche Grüße aus Potsdam

Stefan Wollenberg
Landesgeschäftsführer

Dank an alle Wahlhelfer im Wahlkreis 12

Wir danken unseren Wählerinnen und Wählern, allen engagierten Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern und nicht zuletzt unserer Kandidatin, die gemeinsam mit uns um jede Stimme im Landtagswahlkampf gekämpft haben.

Die erlittene Niederlage darf uns nicht entmutigen. Wir müssen erst recht jetzt zusammenstehen, um die Demokratie weiter zu gewährleisten, damit sich kein weiterer Rechtsruck im Land Brandenburg und in Deutschland vollzieht.

Manfred Giel

Neue Linksfraktion im Brandenburger Landtag

Am 4. September 2019 hat sich die neue Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg konstituiert.

Dazu gehören:

Kathrin Dannenberg
Sebastian Walter
Bettina Fortunato
Christian Görke
Andrea Johlige
Thomas Domres
Isabelle Vandre
Ronny Kretschmer
Marlen Block
Andreas Büttner

Die Fraktion DIE LINKE hat sich darauf verständigt, zunächst die Fraktionsvorsitzenden und den Parlamentarischen Geschäftsführer zu wählen. Anwesend waren alle 10 Abgeordneten.

Fraktionsvorsitzende sind:

Kathrin Dannenberg: 10 Ja-Stimmen (100 %)
Sebastian Walter: 10 Ja-Stimmen (100 %)

Thomas Domres wurde mit 10 Ja-Stimmen zum Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt.

LINKE Newsletter 35/2019

Koalitionsverhandlungen: Rollback statt Aufbruch



Zu den in dieser Woche stattfindenden Koalitionsverhandlungen von SPD, CDU und Grünen in Brandenburg erklärt die Linksjugend ['solid'] Brandenburg, warum diese Koalition einen Rollback und keinen Aufbruch darstellt:

Tom Berthold, Landessprecher Linksjugend ['solid] Brandenburg: „Die in dieser Woche beginnenden Koalitionsverhandlungen offenbaren, dass weder Sozialdemokraten, noch Grüne tatsächlich an einem solidarischen Aufbruch in Brandenburg interessiert sind. Während sie Wähler_innen aufriefen, am 1. September Haltung zu zeigen, verhandeln sie nun über Abschiebeknäste, befördern die Extremismustheorie und scheinen die Abschaffung der Kennzeichnungspflicht von Polizist_innen in Erwägung zu ziehen.“

Das ist kein Aufbruch, das ist ein konservativer Rollback! Somit unterwerfen sich SPD und Grüne nun dem gesellschaftlichen Rechtsruck, statt ihm etwas entgegenzusetzen.

Iris Burdinski, ebenfalls Landessprecherin der Linksjugend ['solid] Brandenburg: „Auch in anderen Bereichen bleiben die zukünftigen Koalitionsparteien weit hinter ihren politischen Zusagen zurück. Weder werden die Formulierungen im Sondierungspapier zum Braunkohleausstieg der drohenden Klimakatastrophe gerecht, noch ist die Vergünstigung von Fahrkarten des Nahverkehrs für wenige Einwohner_innen Brandenburgs eine echte Verkehrswende. Grüne und SPD hatten die Chance, mit mutigen progressiven Projekten die soziale Spaltung zu bekämpfen. Beispiele dafür wären ein konsequentes Einführen der Gemeinschaftsschule oder der Berliner Mietendeckel.“

Doch stattdessen entscheiden sie sich zugunsten einer rückwärtsgewandten, konservativen Koalition, mit der die Probleme des Landes weiter ungelöst bleiben werden. Für uns wird damit bewiesen, dass weder mit der SPD, noch mit den Grünen eine konsequent soziale und klimagerechte Politik möglich ist.“

PRESSEMITTEILUNG
Potsdam, den 25.09.2019

Historische Erkenntnisse/Erfahrungen und die gegenwärtige Realität in unseren Ländern

Wir haben das große Glück, seit 74 Jahren in Frieden zu leben. Für uns alle ist es aber auch höchste Zeit, sich darum zu kümmern, dass dieser Frieden erhalten bleibt.

Machen wir uns wieder bewusst: Vor 80 Jahren, am 1. September 1939, überfielen Einheiten der faschistischen Wehrmacht die Republik Polen. Der mit äußerster Brutalität geführte Angriff löste den verheerendsten militärischen Konflikt in der Geschichte aus. Er erfasste große Teile der Erde und sämtliche Großmächte des 20. Jahrhunderts. Die Gesamtzahl der Getöteten wird zwischen 60 und 80 Millionen Menschen geschätzt.

Mit dem Datum 1. September 1939 verbunden ist auch die Erinnerung an 40 Millionen Ermordete: 6 Millionen Polen, 30 Millionen Ermordeter aus der Sowjetunion, 2 Millionen Jugoslawen, fast eine halbe Million Tschechoslowaken, mindestens 5 Millionen Juden sowie eine halbe Million Sinti und Roma.

Der Angriffs- und Vernichtungskrieg der Wehrmacht war das Finale einer seit Mitte der 1920-er Jahre von der Reichswehrführung geplanten und vorbereiteten „Revanche“. Hinter dem Rücken von Regierung und Parlament der Weimarer Republik initiierte General Hans von Seeckt, Chef der Heeresleitung der Reichswehr, im Jahr 1923 einen Dreistufenplan für den Aufbau eines 102 Divisionen starken Heeres. Die Führung der Reichswehr trieb die systematische Aufrüstung mit dem Ziel voran, einen Angriffskrieg vorzubereiten. Die „Schande“ des „Versailler Diktats“ sollte ausgelöscht und die Großmachtsstellung von 1914 wieder gewonnen werden. Am 2. August 1934 bekräftigte die Wehrmacht das Bündnis mit den Nationalsozialisten mit dem Eid auf Hitler. Bis 1945 leisteten über 18 Millionen Wehrpflichtige den Treueid auf den „Führer“.

Wie sind aber Kriege gegen den Friedenswillen der Völker machbar?

Viele nationale und internationale Aspekte spielen dabei eine Rolle. Im damaligen Alltagsbewusstsein war eine verbreitete Gewaltakzeptanz vorhanden. Viele Menschen hatten nationalistisch-rassistische Gedanken im Zusammenhang mit der deutschen Volksgemeinschaft verinnerlicht. Ein-Nicht-Erkennen, Nicht-Können und Nicht-Wollen herrschte gegenüber dem Kern aller demagogischen Friedensbeteuerungen Hitlers vor.

Der AfD-Politiker Gauland relativierte die NS-Zeit mit „Vogelschiss“, respektive „Fliegenschiss“. Dies zeugt von einer Verweigerung der Wahrheit und Verklärung bei der AfD und ihrem gewalttätigen Umfeld. Wir kennen die Worte: „Der Schoß ist fruchtbar noch.“

Und deshalb müssen wir uns auch den Ergebnissen der Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen auseinandersetzen. Wie bekannt erreichte die AfD in Brandenburg und Sachsen am 1. September, dem Weltfriedenstag, eine große Anzahl von Wählerstimmen.

Horst Kahrs weist in einer Wahlanalyse für die Rosa-Luxemburg-Stiftung darauf hin, dass in vielen Redaktionsstuben und Regierungszimmern die zwischen Resignation und rabiatem Widerstand wechselnde Stimmung in abgehängten Regionen nicht begriffen worden ist.

Dies wird von der AfD bedient und abgeschöpft. Über 80% der AfD-Wähler in Brandenburg und Sachsen sagen, dass sich „das Leben zu stark verändert hat“.

Was in diesem Satz bruchstückhaft aufscheint, sind die Zumutungen und Entsicherungen des neoliberalen Kapitalismus, der das Leben der Menschen seit mehr als zwei Jahrzehnten bestimmt. Die völkische Rechte schließt diese Zumutungen des Kapitalismus mit vorhandenen Ressentiments sowie Rassismus kurz und bietet „die Fremden“ als Personalisierung einer anonymen und als bedrohlich empfundenen Globalisierung an.

Daraus erwächst für uns Linke und alle demokratischen Kräfte die Aufgabe, die tatsächlichen Gründe für die Verwerfungen in der Gesellschaft zu benennen und ein Bild einer alternativen, sozialen, friedlichen Gesellschaft aufzuzeigen.

Monika Gohl

1. September 2019 in Schwedt

Wie jedes Jahr traf sich die LINKE Schwedt wieder auf dem Neuen Friedhof, um den Weltfriedenstag würdig zu begehen und der Opfer des 2. Weltkrieges zu gedenken.



Klimapaket versagt beim Klimaschutz und vertieft die soziale Spaltung

Die Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, erklären anlässlich der Beschlüsse des Klimakabinetts der Bundesregierung:

„Das heute vom Klimakabinett vorgestellte Klimapaket ist unsozial und ineffektiv. Es belastet vor allem kleine und mittlere Einkommen. Es schont Reiche und Konzerne. Es setzt auf nutzlose, marktliberale Instrumente statt auf wirkungsvolle staatliche Ordnungspolitik. Es treibt die Gesellschaft auseinander. Das Klimapaket wird im Bundestag keine Unterstützung der LINKEN erhalten.

Sämtliche Maßnahmen des Klimakabinetts sind nicht gegenfinanziert und daher eine teure Mogelpackung. Jedes Klimapaket, das keine angemessenen Steuern für die superreichen Multimillionäre vorsieht, will stattdessen kleine und mittlere Einkommen belasten. Wer nicht sagt, wo das Geld herkommen soll, täuscht Bürgerinnen und Bürger. Es muss massiv und nachhaltig investiert werden. Diese notwendigen zusätzlichen Investitionen dürfen nicht mit unsozialen Kürzungen in anderen Bereichen finanziert werden. Höhere Kraftstoffpreise werden Geringverdiener besonders hart treffen. Das Klimapaket untergräbt die Akzeptanz des Klimaschutzes in der Gesellschaft und den sozialen Zusammenhalt.

Angela Merkel wird als gescheiterte Klimakanzlerin in die Geschichte eingehen. Dieser weitgehend ineffektive Flickenteppich an Maßnahmen wird dem Klimawandel nicht ansatzweise gerecht. Kaum jemand wird aufgrund der heutigen Beschlüsse sein Auto stehen lassen, selbst wenn er es könnte. Der Markt versagt beim Klima und trotzdem liefert die Kanzlerin das Klima weiterhin dem Markt aus. Nationaler Emissionshandel ist der falsche Weg: Statt höherer Energiepreise, die das Leben für Pendler und Geringverdiener verteuern, brauchen wir staatliche Ordnungspolitik, die die Gesellschaft sozial und klimafreundlich umbaut.

Unsere Forderungen:

Sozial gerecht statt Reiche schonen: Wir fordern eine Klimareichensteuer, die Millionenerbschaften, Millionenvermögen und Millioneneinkommen zur Kasse bittet, um die notwendigen Investitionen zu finanzieren. Es braucht das politische Signal: Diesmal bezahlen es die Reichen! Klimaschädliche Subventionen gehören abgeschafft.

Bahnreform statt Scheuer-Murks: Wir brauchen eine tiefgreifende Bahnreform, einen massiven Ausbau des Schienennetzes und der Transportkapazitäten sowie einen Preisdeckel. Die Teilprivatisierung der Bahn und die Preiserhöhungen der vergangenen 20 Jahre müssen zurückgenommen werden. Das würde einer kostenlos angebotenen BahnCard 50 bzw. Halbierung der heutigen Fahrpreise entsprechen.

ÖPNV attraktiver machen statt Tanken teurer: Wir brauchen eine Revolution im Öffentlichen Personennahverkehr, von der kleine und mittlere Einkommen profitieren. Wir fordern als wichtigen Schritt ein vom Bund finanziertes Ein-Euro-Ticket. Wenn alle Bürgerinnen und Bürger den ÖPNV für maximal einen Euro am Tag nutzen könnten, wäre es für viele Menschen machbar, das Auto stehen zu lassen. Dafür muss der ÖPNV ausgebaut, sicherer, zuverlässiger und sauberer werden.

Statt Marktversagen brauchen wir staatliches Handeln: Wir brauchen staatliche Investitionen und eine neue staatliche Ordnungspolitik für soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz: Zum Beispiel gehören Energiekonzerne in öffentliche Hand. Gebäude müssen mit einem Bundesprogramm energetisch saniert werden - ohne Mehrkosten für Mieterinnen und Mieter.

Innovationen statt Stillstand: Wir brauchen ein massives Investitionsprogramm in erneuerbare Energien, in Innovations- und Speichertechnologien.“

Klimaprotest auch in Schwedt

Der 20. September 2019 wurde nicht nur in Deutschland, sondern weltweit, für Klimademonstrationen genutzt. So auch in Schwedt, nachdem die erste Veranstaltung am 12.07.2019 fast unbemerkt blieb. Leider haben viel zu wenige Erwachsene daran teilgenommen. Unser Vorstand und die Fraktion haben diese Veranstaltungen mit unterstützt.



Treffpunkt 5 vor 12 am CKS, Platz der Befreiung



Der Demonstartionszug vom Platz der Befreiung über Stadtverwaltung und Dreiklang-Schule

Danke Thomas

Nach langer erfolgreicher Tätigkeit zieht sich Thomas Tenner aus der Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung Schwedt/Oder zurück. Thomas war von 1999 bis zum Jahr 2003 sachkundiger Einwohner im Stadtentwicklungs-, Bau- und Wirtschaftsausschuss. 2003 wählte ihn die Bevölkerung in die Stadtverordnetenversammlung, in der er bis 2019 ununterbrochen verschiedenen Aufgaben erfüllte. Im Rathaus kennt man ihn gut, denn er brachte seine Fragen und Probleme vor Ort zur Sprache und hat maßgeblich an der Lösung scheinbar schwieriger Probleme seinen Anteil. Es seien unter anderem der Neubau der Feuerwehr in Gatow und die Suche nach einem geeigneten Platz für die Pferdesportler des Vereins „Perle der Uckermark“ genannt. Thomas arbeitete im Namen der Fraktion DIE LINKE in verschiedenen Aufsichtsräten und ist in der Öffentlichkeit ein bekannter und geschätzter Ansprechpartner.

Obwohl Thomas 666 Stimmer bei der letzten Kommunalwahl erhielt, reichten diese für einen Platz im städtischen Parlament nicht aus. Deshalb entschied er sich dafür, seine Kraft in seine anderen Aktivitäten zu investieren, denn Thomas arbeitet bekanntlich unter anderem in der Verkehrswacht UM e. V., im Kreisvorstand des ACE UM/BAR und im Regionalvorstand Ost des ACE mit. Er ist Stellvertreter des Vorsitzenden im deutsch-polnischen Europaverein UM/Chojna, Abteilungsleiter im Sport- und Gesundheitszentrum des TSV Blau - Weiß 65 Schwedt und dort auch Stellvertreter des Vorsitzenden im Vorstand.

Es bleibt für ihn also noch viel zu tun.

Wir wünschen Thomas Tenner Gesundheit, Kraft und viel Erfolg für diese ehrenamtlichen Tätigkeiten.

Im Namen der Fraktion bedanke ich mich herzlich für seine langjährige, erfolgreiche Arbeit.

Bärbel Ramm



30 Jahre Wiedervereinigung

Wenig Interesse

Über den Satz von Erich Honecker, der Anfang 1989 erklärte, die Mauer werde „in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe nicht beseitigt werden“, ist seit dem Fall der Sperranlagen, Betonfluchten, Stacheldrahtzäunen schon viel gesagt worden. Aber wie dachten eigentlich die Westdeutschen kurz vor der Wende im Osten über die „deutsche Frage“?

Laut einer Umfrage von 1988 hatten nur 35% der BundesbürgerInnen persönliche Kontakte zu DDR-Bürgern, bei den Jüngeren bis 29 Jahre war es nur gut ein Viertel. Die Zahl derer im Westen, die die DDR als Ausland betrachteten, war gestiegen – von 19% im Jahr 1973 auf 32% im Jahr 1987, unter Jüngeren sogar 51%.

Von verbreiteten Wiedervereinigungsgedanken kann also kaum die Rede sein, auch wenn sich bis heute zahlreiche PolitikerInnen dafür rühmen, stets und immer im Sinne der „Einheit“ aufgetreten zu sein. Das lässt sich anhand zahlreicher Äußerungen leicht widerlegen; es ist im Lichte einer deutsch-deutschen Realpolitik, bei der mancher Kompromiss auch durch die weltpolitischen Bedingungen der Teilung erzwungen war, auch nicht verwunderlich.

Die Westdeutschen hatten nichts gegen eine solche Entwicklung, sie interessierten sich mehrheitlich gar nicht für die Entwicklung in der DDR, wie eine Untersuchung über die „Einstellungen zur deutschen Einheit“ zeigt. Noch kurz vor der Wende meinten 54% der Befragten in der BRD, dass sie sich für die Vorgänge in der DDR nur wenig interessieren.

**Quelle: OXI 9/19
OXIBLOG.DE**

Überrascht und geplant

Das Ende der DDR wurde im Westen von vielen nicht vorhergesehen. Vorbereitungen, die auf die Niederlage des östlichen Nachbarn heinausliefen, gab es jedoch.

Unter diesem Titel veröffentlichte der Autor in OXI 9/2019 folgende Aspekte:

„Die „Wiedervereinigung“ wird aus der heutigen Perspektive oft als Glückfall der Geschichte, als ein zwar von vielen – vor allem im Westen – innig herbeigesehntes, aber doch eben überraschendes Ereignis betrachtet. Zugegeben: Wer konnte schon Anfang 1989 behaupten, er könne voraussehen, wie das Ende des Jahres am Brandenburger Tor gefeiert würde?

Zumindest stand die Variante „Wiedervereinigung“ nicht ganz weit oben auf der Prognose-Liste der meisten WissenschaftlerInnen, der Politik schon gar nicht – und was die Bürgerschaft im Westen anging, konnte von großem Interesse an der DDR ohnehin nicht die Rede sein.

1988 trug die Politikwissenschaftlerin Irma Hanke „Mutmaßungen über den Nachbarn“ unter dem Titel „Die DDR im Jahre 2000“ vor. Darin wurden 3 Szenarien formuliert:

die „Strategie orthodoxer Organisationsmacht“, bei der die SED-Elite ihre Bastionen konservativ und erbittert verteidigen würde;

die „neue sozialistische Beweglichkeit“ als ein Prozess der „Fundamentaldemokratisierung“ der DDR, die mit rechtsstaatlichen Fortschritten, mehr Pluralismus und politischer Freiheit verknüpft sein sollte;

und die Strategie technologischer Reform“,

wobei Effizienz bei der Lösung der Probleme im Modernisierungsprozess an oberster Stelle stehen und nur gelegentlich mit Rechtsstaatsaspekten (Verantwortlichkeit) und kaum Demokratisierung kombiniert würde.

Hanke stand nicht allein, auf derselben Tagung von DDR-ForscherInnen fasste Thomas A. Baylis 1988 den Prognosestand der US-KollegInnen zusammen. Diese kämen typischerweise „zu der Schlussfolgerung, das weder überraschende Veränderungen in der Politik des Regimes noch Personalveränderungen wahrscheinlich sind.“

Und auch der große Mann der DDR-Wissenschaft im Westen, Hermann Weber, meinte noch 1 Jahr vor der Wende im Osten, dass zwar „oppositionelle Strömungen verschiedener Observanz (= Ausprägung, die Red.) immer wieder auftreten, das Herrschaftssystem insgesamt sich aber als gefestigter erwiesen hat, als bei uns oft angenommen wurde.“

Die weiteren Ausführungen in dem Artikel betrachten auch die wirtschaftlichen Bedingungen in beiden deutschen Staaten seit den 50-er Jahren bis zu den Jahren 1989/1990, von den "frühen Versuchen zur Subversion", "der professionellen Beobachtung der wirtschaftlichen, sozialen und machtpolitischen Entwicklungstendenzen jenseits der Elbe", über den "Tag X" zum "Anschließen, Angleichen und Abwickeln des Nachbarstaates".

**Vincent Körner
OXI 9/2019**

Anmerkung der Redaktion:

Wer noch mehr über diesen Artikel erfahren möchte, sollte sich in der Geschäftsstelle melden.

Druckfrisch: Mitgliedermagazin DISPUT im September

Das September-Heft des DISPUT ist erschienen. Mit Berichten, Debatten, Porträts, Interviews und Reportagen aus dem politischen Alltag.

Die Schwerpunkte:

Wahlen: Drei Landtagswahlen im Osten sind für DIE LINKE als Regierung und Opposition eine große Herausforderung, nicht nur wegen der Rechten.

Mehrheiten: Neue Linke Mehrheiten als Alternative zur einstmaligen Großen Koalition und Signal zum Aufbruch stehen im Mittelpunkt der Debatte.

Organizing (Organisation): Ob im Arbeitskampf oder bei der Verteidigung von Mieterrechten – die Erfahrung zeigt: Gemeinsames Handeln macht stark.

Überholen ohne einzuholen: Die Unterschiede in Ost und West bestehen weiter. Schluss mit dem "Nachbau West". Für eine lebenswerte Zukunft im Osten.

DISPUT

LINKE Newsletter 34/2019

Leitplanken für den Zukunftsplan Ost Auszug aus Disput September 2019

Gute Arbeit mit guten Löhnen: Wir wollen ein einheitliches bundesweites Tarifgebiet. Tarifverträge müssen auf Antrag der Gewerkschaften **allgemeinverbindlich** erklärt werden.

Die Renten müssen sofort angeglichen werden.

Öffentliche Gelder: Auftragsvergabe und Wirtschaftsförderung gibt es nur noch für Unternehmen, die Tariflöhne zahlen. Bei der Vergabe gilt: regional und nachhaltig geht vor!

Wir wollen stärken, was die Gemeinschaft zusammenhält: kostenfreien Nahverkehr, auch auf dem Land. Dadurch verstetigen wir die Produktion von Schienenfahrzeugen. Hier ist der Osten stark.

Kommunale Gesundheitszentren und wohnortnahe Pflege mit guter Arbeit.

Wir fördern flächendeckendes Internet.

Sozialzentren in den Dörfern: Sie sind Orte der Begegnung und bieten grundlegende Dienstleistungen wie Post, Bank, Kultur und Dorfladen. Nicht prekär, sondern mit guter Arbeit.

Demokratisch wirtschaften: Wir stärken Belegschaftseigentum und Genossenschaften. In regionalen Wirtschafts- und Sozialräten entwickeln Gewerkschaften, Zivilgesellschaft, Unternehmen und öffentliche Hand gemeinsam, was wie produziert werden soll.

Regional wirtschaften: Produktionsgenossenschaften und Vertriebsgenossenschaften aus den Regionen sollen miteinander verbunden werden.

Hochschulen und kritische Wissenschaften fördern: Besonders wichtig ist, dass in den Verwaltungswissenschaften wieder Wissen über öffentliche Planung, öffentliche Unternehmen und Genossenschaften geschaffen wird.

Wie wir das bezahlen?

Wir wollen einen Solidarpakt III für Regionen im Strukturumbau. Der Solidarzuschlag ist die sozial gerechteste Steuer in Deutschland. Er muss erhalten bleiben, zumindest für die oberen 20 Prozent. Wir wollen in der Wirtschaftsförderung eine Ostquote einführen. Und mit unserer Vermögenssteuer würden 15 Milliarden Euro im Jahr in den Osten fließen. Damit schaffen wir den Einstieg in den Umbau.

Termine/Arbeitsplan Stadtvorstand Schwedt, Stand: Oktober 2019

02.10.2019	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Prenzlau
10.10.2019	Stadtvorstand	16:30 Uhr Geschäftsstelle
12.10.2019	Mandatsträgertreffen (extra Einladung)	
22.10.2019	Sonder-Fraktionssitzung zum Haushalt 2020	18:00 Uhr Fraktionszimmer
26.10.2019	Mitgliederversammlung BO Schwedt	09:30 bis 13:00 Uhr KOMM
04.11.2019	Fraktionssitzung	16:30 Uhr Fraktionsraum
06.11.2019	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Prenzlau
07.11.2019	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:30 Uhr Geschäftsstelle
02.12.2019	Fraktionssitzung	16:30 Uhr Fraktionsraum
04.12.2019	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Prenzlau
05.12.2019	SVV Schwedt	16:00 Uhr ubs
07.12.2019	Kreismitgliederversammlung	09:30 bis 13:00 Uhr KOMM
12.12.2019	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:30 Uhr Geschäftsstelle

Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

10.10.2019: Irmgard Rothnick
zum 85. Geburtstag



Wir trauern um Jürgen Zibolsky,

gestorben am 10.08.2019
mit 80 Jahren



Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

09.10.2019	Reiner Prodöhl	zum 67. Geburtstag
11.10.2019	Heike Heise-Heiland	zum 55. Geburtstag
20.10.2019	Eva Hempel	zum 83. Geburtstag
23.10.2019	Kurt Büttner	zum 94. Geburtstag
23.10.2019	Arno Damm	zum 83. Geburtstag
24.10.2019	Christine Zibolsky	zum 84. Geburtstag
15.11.2019	Andreas Unruh	zum 61. Geburtstag
17.11.2019	Andy Ullrich	zum 33. Geburtstag
22.11.2019	Frank Nitzschke	zum 68. Geburtstag
23.11.2019	Ingrid Gernoth	zum 81. Geburtstag
29.11.2019	Andreas Grote	zum 39. Geburtstag
01.12.2019	Ursula Taubert	zum 83. Geburtstag
11.12.2019	Marlies Wiegand	zum 87. Geburtstag

KoppHoch erscheint aller zwei Monate. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt. Redaktionsschluss der Ausgabe 06-2019: 06.12.2019

Impressum

Herausgeber:

Stadtvorstand der Partei DIE
LINKE. Schwedt

V.i.S.d.P.:

I. Giel

Redaktion:

M.Gohl, D.Meyner

Gestaltung:

M.+I. Giel

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei DIE
LINKE Schwedt

Sprechzeiten

Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi. 207/208

Mo-Do 10-12 Uhr

Leiter der Geschäftsstelle:

Di, 10-12 Uhr

Finanzen

Mo, 07.10.2019, 10 bis 12 Uhr

Mo, 28.10.2019, 10 bis 12 Uhr

Mo, 04.11.2019, 10 bis 12 Uhr

Mo, 25.11.2019, 10 bis 12 Uhr

Mo, 02.12.2019, 10 bis 12 Uhr

Mo, 30.12.2019, 10 bis 12 Uhr

Kontakt und Adressen

DIE LINKE Stadtverband

Schwedt/Oder

Auguststraße 2, 16303 Schwedt

e-mail:

schwedt@dielinke-uckermark.de

Tel.: (03332) 31928

Webseite:

www.dielinke-uckermark.de